

Christoph Butterwegge
Universität zu Köln, Köln, Deutschland

Was wissen wir über die Lebenslagen in Deutschland?

Kritische Anmerkungen zur Armuts- und Reichtumsberichterstattung der deutschen Bundesregierung

Es hat relativ lange gedauert, bis es in Deutschland eine zentralstaatliche Armuts- und Reichtumsberichterstattung gab, die den Namen verdient und als Grundlage einer systematischen Bekämpfung der Armut und der sozialen Ungleichheit dienen kann. Denn ohne eine solche empirische Basis laufen selbst gut gemeinte Bemühungen, die Lebenslagen der Bevölkerung zu verbessern, ins Leere.

Bis zur Jahrtausendwende weigerte sich die Bundesregierung, Armut in Deutschland als Realität anzuerkennen. Deshalb suchten Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Kirchen dieses Problem – so gut es ging – selbst zu dokumentieren (vgl. hierzu mit entsprechenden Beispielen: Butterwegge 2021). Im Februar 1994 erschien der erste Armutsbericht des DGB, der Hans-Böckler-Stiftung und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, im November 2000 der mit über 600 Seiten noch umfangreichere zweite (vgl. Hanesch u. a. 1994; Hanesch et al. 2000). Auch manche Kommunen und einzelne Länder bauten früher als der Bund eine regelmäßige Berichterstattung zum Thema „Armut“ auf, wenngleich die einschlägigen Materialsammlungen häufig verschämt „Sozialberichte“ genannt wurden und nicht selten „Datenfriedhöfen“ glichen, die mehr über die Belastung des kommunalen Haushalts durch Transferleistungen als über die reale Lebenssituation der Armen aussagten (vgl. Oelschlägel 1994, S. 305). Gleichwohl lehnte die damalige CDU/CSU/FDP-Koalition wiederholt Anträge der Oppositionsfractionen ab, einen umfassenderen Versuch auf zentralstaatlicher Ebene zu unternehmen. Erst die rot-grüne Koalition legte im April 2001, zweieinhalb Jahre nach dem Regierungswechsel, den Ersten Armuts- und Reichtumsbericht vor.

Methodik, Inhalt und Aussagen des 1. Armuts- und Reichtumsberichts (2001)

Das ohne großen zeitlichen Vorlauf erstellte Dokument, welches aus einem Berichtsteil und einem nur wenig dünneren Materialband bestand (vgl. BMAS 2001), beeindruckte zwar durch seine immense Datenfülle, enttäuschte aber in konzeptioneller Hinsicht und ließ vor allem klare Aussagen zu den

Ursachen der sozialen Polarisierung, zum Reichtum und zur Armutsbekämpfung vermissen. Hinsichtlich seiner Datenbasis reichte der Bericht gewiss nicht zufällig nur bis zum Amtsantritt von Rot-Grün im Herbst 1998. Dies ermöglichte es der neuen Bundesregierung, darin die Versäumnisse ihrer Amtsvorgängerinnen anzuprangern, ohne selbst für politische Fehler einstehen zu müssen.

Obwohl der Transferleistungsbezug ein starkes Indiz für Armut ist, wurde die Sozialhilfe im ersten Regierungsbericht als „wirksames Instrument zur Bekämpfung von Armut und materiellen Notlagen“ glorifiziert und gleichzeitig kritisiert, dass man den Leistungsbezug in der öffentlichen Diskussion „fälschlicherweise“ häufig mit Armut gleichsetze: „Insbesondere bei steigenden Empfängerzahlen wird von einer zunehmenden Armut gesprochen. Diese Einschätzung ist besonders dann irreführend, wenn durch eine Anhebung der Leistungen der Sozialhilfe der Kreis der Anspruchsberechtigten ausgeweitet wird. Eine solche Entwicklung kann nicht als Anzeichen für eine steigende Armut interpretiert werden, sondern ist Ergebnis des gesetzgeberischen Willens zur Verbesserung der Lebenslage auf Sozialhilfe angewiesener Menschen“ (BMAS 2001, S. 74).

Selbst solche Kommentatoren, welche die Armutsanalyse des Berichts für „zutreffend“ bzw. „im Großen und Ganzen auch gelungen“ hielten, kritisierten seine Aussagen zum Reichtum: „Wer kann begreifen“, fragte Gottfried Erb in der SPD-Theoriezeitschrift *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, „dass Schmuck, Kunstgegenstände, Autos und eine Yacht, um nur das zu nennen, nicht zum Reichtum zählen, wo sie zu seinen sichtbarsten Zeichen gehören?“ (Erb 2001, S. 440).

Die Umdeutung des Gerechtigkeitsbegriffs im 2. Armuts- und Reichtumsbericht (2005)

Gemäß am 27. Januar 2000 und am 19. Oktober 2001 gefassten Parlamentsbeschlüssen soll die Bundesregierung ihren Armuts- und Reichtumsbericht regelmäßig zur Mitte einer Legislaturperiode vorlegen. Hinter den ministeriellen Kulissen wurde beim nächsten Mal, im Herbst 2004, jedoch lange darum gerungen, wie ein Imageschaden für die Regierung zu vermeiden sei. Schließlich konnte der erst am 2. März 2005 vom Bundeskabinett gebilligte Bericht nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich seit dem Regierungsantritt von Rot-Grün weiter vertieft hatte, und zwar sowohl beim privaten (Geld-)Vermögen wie auch beim Einkommen. War die „Armutsrisikoquote“ zwischen den Jahren 1998 und 2003 von 12,1 % auf 13,5 % gestiegen, so verfügten die vermögendsten

Sozial Extra 2025 · 49 (2): 132–136
<https://doi.org/10.1007/s12054-025-00773-5>
Eingegangen: 6. März 2025
Angenommen: 9. April 2025
Online publiziert: 26. Mai 2025
© The Author(s) 2025

Zusammenfassung · Abstract

C. Butterwegge

Was wissen wir über die Lebenslagen in Deutschland? Kritische Anmerkungen zur Armuts- und Reichtumsberichterstattung der deutschen Bundesregierung**Zusammenfassung**

Bisher hat die Bundesregierung sechs Armuts- und Reichtumsberichte vorgelegt, die unter Beteiligung eines Beraterkreises und eines wissenschaftlichen Gutachtergremiums vom Arbeits- und Sozialministerium erstellt wurden. Die ausnahmslos sehr umfangreichen Dokumente enthalten zahlreiche Daten und Statistiken zur Armutsentwicklung, wohingegen der Reichtum bis zuletzt eher stiefmütterlich behandelt wurde. In allen Berichten dominiert eine Verharmlosung der Armut und eine Verschleierung des Reichtums, was auf dem Willen der

unterschiedlichen Bundesregierungen beruht, ihre eigene Politik als erfolgreich darzustellen, statt die soziale bzw. sozioökonomische Ungleichheit offen als Kardinalproblem unserer Gesellschaft zu benennen, Ursachen für die sich vertiefende Kluft zwischen Arm und Reich zu analysieren sowie geeignete Lösungen ins Auge zu fassen.

Schlüsselwörter

Armut · Reichtum · Ungleichheit · Lebenslagen · Sozialstaat

What Do We Know About Living Conditions in Germany? Critical Observations on Poverty and Wealth Reporting by the German Government**Abstract**

The German Government has presented six Poverty and Wealth Reports so far. They were compiled by the Ministry of Labour and Social Affairs with the involvement of an advisory group and a panel of scientific experts. Without exception, these very comprehensive documents contain numerous data and statistics on the development of poverty, whereas wealth has been treated rather neglected until recently. All reports are dominated by a trivialisation of poverty and a concealment

of wealth. The reports are driven by the desire of various federal governments to present their own policies as successful, instead of openly naming social and socio-economic inequality as a cardinal problem of our society, analysing the causes of the widening gap between rich and poor and considering suitable solutions.

Keywords

Poverty · Wealth · Inequality · Living conditions · Welfare state

10 % der Haushalte mit knapp 47 % des gesamten Nettovermögens im Jahr 2003 über gut zwei Prozentpunkte mehr als fünf Jahre zuvor, wobei das Betriebsvermögen erneut ausgeklammert blieb (vgl. BMAS 2005, S. XXII, XXV und 16 ff.).

Konzeptionell versuchte man zwar in Anknüpfung an den erreichten Forschungsstand, Armut qualitativ zu fassen und nicht auf fehlende finanzielle Ressourcen zu reduzieren, erlag jedoch der Versuchung, den bis dahin vorherrschenden Gerechtigkeitsbegriff zwecks Rechtfertigung der rot-grünen Regierungspraxis in Frage zu stellen. Es komme, wurde behauptet, nicht so sehr auf die Umverteilung von materiellen Ressourcen, vielmehr auf die Bereitstellung von „Teilhabe- und Verwirklichungschancen“ an (vgl. BMAS 2005, S. XVII). Man rekurrierte damit auf den Ansatz Amartya Sens, eines bekannten indischen Ökonomen, der jedoch keineswegs bestritt, dass ein Mangel an „Verwirklichungsmöglichkeiten“ mit der Knappheit materieller Ressourcen bzw. monetärer Mittel (Einkommen und Vermögen) verbunden ist: „In einem reichen Land verhältnismäßig arm zu sein kann die Verwirklichungschancen selbst dann extrem einengen, wenn das absolute Einkommen gemessen am Weltstandard hoch ist“ (Sen 2003, S. 112).

Die erschreckend hohe Armutsquote wurde auf eine vor allem aus „externen Schocks“ wie den Terroranschlägen des 11. September 2001, dem Irakkrieg, dem Zusammenbruch des IT-Booms und spektakulären Bilanzskandalen von US-Unternehmen resultierende Wachstumsschwäche zurückgeführt und damit als bloßes Konjunkturproblem abgetan (vgl. BMAS 2005, S. XVII), nicht jedoch als Strukturproblem in einem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem (an)erkannt, welches auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln, der Konkurrenz und

der Mehrwertproduktion durch Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft basiert.

Biografisierung, Pädagogisierung und Psychologisierung des Armutsproblems im 3. Bericht (2008)

Die im November 2005 gebildete Große Koalition setzte die Tradition der Armuts- und Reichtumsberichterstattung fort. Seinen Entwurf für den 3. Armuts- und Reichtumsbericht stellte der zuständige Arbeits- und Sozialminister Olaf Scholz (SPD) am 19. Mai 2008 in einer Pressekonferenz vor, ohne das Kabinett informiert und eine Ressortabstimmung der Ministerien darüber herbeigeführt zu haben. Ausgerechnet Bild am Sonntag (v. 18.05.2008) gab Scholz ein Vorabinterview, in dem er seine Interpretation der Daten erläuterte und sich so die Deutungshoheit hierüber sicherte. Unter der Überschrift „Jeder achte Deutsche lebt in Armut!“ verkündete Scholz seine zentrale Botschaft: „Der Sozialstaat wirkt!“. Ohne die Sozialtransfers wie das Arbeitslosengeld II, Wohngeld und Kindergeld gäbe es laut Scholz doppelt so viele Arme.

Hatte die „Armutsrisikoschwelle“ im Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht von 2005 noch bei 938 € gelegen, war sie in dem neuen Bericht drastisch auf 781 € gesunken, wodurch sich die Zahl der Betroffenen rechnerisch deutlich verringerte. Dies war nur zu einem geringen Teil den Lohn- und Gehalts-einbußen geschuldet, die Arbeitnehmer*innen hierzulande in der Zwischenzeit erlitten hatten. Entscheidender war, dass die Bundesregierung bzw. das zuständige Arbeits- und Sozialministerium vom Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), das seit 1984 bundesweit und mittlerweile vom DIW erhoben wird, zu

einer anderen Quelle, nämlich der Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen „Leben in Europa“ (EU-SILC), hinübergewechselt hatte (vgl. BMAS 2008, S. Xf.), die seit 2005 ebenfalls jährlich erhoben wird und EU-weite Vergleiche ermöglicht, aber als weniger zuverlässig galt.

Für die schwarz-rote Bundesregierung war Bildung der „Schlüssel für Teilhabe und Integration“, weshalb es im Dritten Armuts- und Reichtumsbericht hieß: „Schulische Bildung und berufliche Qualifikation sind die Grundlage für Teilhabe am Arbeitsmarkt und der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut“ (BMAS 2008, S. Xf.). Unter das Motto „Aufstieg durch Bildung“ stellte die CDU/CSU/SPD-Koalition eine „Nationale Qualifizierungsinitiative“, die den Fachkräftbedarf der Wirtschaft decken helfen sollte. Zwar kann ein Individuum durch die Beteiligung an (Aus-)Bildungsprozessen einer prekären Lebenslage entkommen, eine gesamtgesellschaftliche Lösung bietet Bildung allein freilich nicht.

Zweifellos ist die Armut in Deutschland ohne eine spürbare Verbesserung der Bildungseinrichtungen und der Bildungschancen für alle (Wohn-)Bürger*innen bzw. ihre Kinder nicht erfolgreich zu bekämpfen. Aber nur mittels einer Bildungssoffensive lässt sich das Problem ebenso wenig lösen. Darüber hinaus ist neben einer Vielzahl anderer Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur die Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen nötig (vgl. Butterwegge 2016, S. 269 ff.). Schließlich kann die Pädagogik weder eine gerechte Steuerpolitik noch eine die Armut bekämpfende Sozialpolitik ersetzen. Sie beeinflusst eher das Verhalten der davon (potenziell) Betroffenen; es kommt jedoch darauf an, die bestehenden Wirtschaftsstrukturen, Eigentumsverhältnisse und Verteilungsmechanismen zu verändern.

Kontroversen um den 4. Regierungsbericht (2013)

Der im September 2012 durch eine Indiskretion an die Öffentlichkeit gelangte Entwurf zum 4. Armuts- und Reichtumsbericht rief die FDP auf den Plan, weil seine Passagen zum ausufernden Niedriglohnsektor, zur Lohnspreizung und zur Verteilungsschieflage ihr Zerrbild einer sozial nivellierten Bundesrepublik trübten. Passagen wurden dann im Rahmen der Ressortabstimmung gestrichen, ins Gegenteil verkehrt bzw. abgeschwächt (vgl. BMAS 2012¹). Der Bielefelder Sozialhistoriker Hans-Ulrich Wehler nannte dies ein „schwarz-gelbes Bubensstück“, das zur „Verstümmelung“ des Berichts geführt habe, und fragte, wo angesichts einer sich dramatisch zuspitzenden Ungleichverteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen der Protest bleibe (Wehler 2013).

Die bisher im Mittelpunkt stehenden Kernindikatoren (17 Armuts-, fünf Reichtums- und acht Querschnittsindikatoren) wurden im 4. Armuts- und Reichtumsbericht zwar fortgeschrieben, aufgrund der Entscheidung für das sog. Lebensphasenmodell traten aber die biografischen Übergänge zwischen Kindheit, Jugend sowie frühem, mittlerem, hohem und höchstem Erwachsenenalter in den Vordergrund (vgl. BMAS 2013, S. 24 ff.). Der analytische Fokus lag nunmehr auf „sozialer Mobilität“, d. h. gesellschaftlichen Auf- und Abstiegen sowohl im Lebensverlauf von Menschen (intragenerationale

Mobilität) wie von der Eltern- zur Kindergeneration (intergenerationale Mobilität). Primär ging es um die Erfolgs- und Risikofaktoren für Auf- bzw. Abstiege in verschiedenen Lebensphasen.

Zweifellos werden an bestimmten Stationen im Lebensverlauf vieler Menschen entscheidende Weichen gestellt, die biografische Entwicklung gibt jedoch höchstens Aufschluss über einen geringen Teil der Armutsrisiken. Das Lebensphasenmodell fokussiert auf situative Momente der Armutsentwicklung, wohingegen sozioökonomische, sektorale und sozialräumliche Entwicklungsdeterminanten aus dem Blickfeld geraten. Dass die Armut – ebenso wie der Reichtum – strukturell bedingt und ein gesellschaftliches Problem ist, entgeht der Analyse, wenn die aufeinander folgenden Abschnitte der Biografie im Mittelpunkt stehen. Nach den Ursachen der Spreizung von Einkommen und Vermögen wurde nicht gefragt. Höchstens die Auslöser persönlicher Notlagen wie Arbeitslosigkeit, Trennung bzw. Scheidung vom (Ehe-)Partner oder (Früh-)Invalidität waren Gegenstand der Betrachtung.

Verschleierung des Reichtums und Verharmlosung der Armut im 5. Bericht (2017)

Der am 12. April 2017 mit anderthalbjähriger Verspätung vom Bundeskabinett verabschiedete 5. Armuts- und Reichtumsbericht fiel mit seinem Umfang von über 650 Seiten dicker als seine Vorgänger aus. Trotzdem war seine Datenlage zur (Ungleich-)Verteilung des privaten Reichtums in Deutschland noch dürftiger als im Kernbereich der absoluten, extremen bzw. existenziellen Armut (Wohnungs- bzw. Obdachlosigkeit). Man hatte zwar ein Forschungsprojekt zum Reichtum in Auftrag gegeben, ihn allerdings so diffus definiert, dass die soziale Ungleichheit im Berichtszeitraum kaum gestiegen war. „Einkommensreich“ ist nach der zugrunde gelegten Definition, wer über mehr als das Doppelte bzw. Dreifache des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung verfügt – das waren 3452 bzw. 5178 € pro Monat (2013: SOEP) (vgl. BMAS 2017, S. 577). Wer einen alleinstehenden Studienrat auf dieser Basis nur aufgrund seines Gehalts für (einkommens)reich erklärte, verlor den Reichtum allerdings zwangsläufig aus dem Blick.

Zwar befasste sich der Bericht ausführlich mit der Kinderarmut, er war aber nicht frei von einer Verharmlosung der Finanznöte vieler Familien. Als typisch dafür kann die folgende, auf das EU-Konzept der materiellen Deprivation gestützte Feststellung in den ersten beiden Entwürfen gelten: „Nur wenige Kinder in Deutschland leiden unter materiellen Entbehrungen“ (BMAS 2016², S. 250 und S. 242). In der Endfassung wurde vor den letzten beiden Wörtern noch „erheblichen“ eingefügt (BMAS 2017, S. XXI), was die Aussage korrekter, jedoch keineswegs plausibel machte.

Als bloßes Wahrnehmungsproblem verharmlost wurde das seit Jahren deutlich steigende Risiko der Altersarmut. Obwohl die Gruppe der Menschen ab 65 Jahren „durchschnittlich etwas seltener armutsgefährdet als die Gesamtbevölkerung“ und „die materielle Versorgung der heute Über-64-Jährigen sogar

¹ Lebenslagen in Deutschland. Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, Stand: 21.11.2012, S. VIII, XLVI

² (1.) Entwurf des Fünften Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, 5.10.2016, S. 250; Lebenslagen in Deutschland. (2.) Entwurf des Fünften Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, 12.12.2016, S. 242

insgesamt sehr günstig“ sei (vgl. BMAS 2017, S. XXIX), hätten viele Bürgerinnen und Bürger – meist zu Unrecht, wurde unterstellt – Angst vor eigener Armut im Alter.

Corona, Armut und Reichtum im 6. Bericht (2021)

Wegen der Covid-19-Pandemie verschob man die Fertigstellung des 6. Armuts- und Reichtumsberichts um ein Jahr. An mehreren Stellen des Dokuments, das die Bundesregierung am 12. Mai 2021 verabschiedete, fanden sich Bemerkungen zu den Verteilungswirkungen der Pandemie, des durch sie hervorgerufenen Krisendebakels und der „Sozialschutz“-Maßnahmen von CDU, CSU und SPD. Welche langfristigen Folgen die Pandemie auf die Einkommensverteilung zeitigen werde, sei aber nicht vorhersagbar: „Die umfangreichen Maßnahmen der Bundesregierung zur Stützung der Einkommen dürften aber negative Effekte gemindert haben“ (BMAS 2021, S. I).

Das sozialpolitische Zwischenzeugnis, welches sich die Bundesregierung selbst ausstellte, fiel positiv aus: „Sozialschutzpakete und weitere Unterstützungsmaßnahmen haben verhindert, dass es zu sozialen Verwerfungen gekommen ist. Arbeitslosigkeit konnte mittels Kurzarbeit weitgehend verhindert werden. Die sozialen Sicherungssysteme haben ihre stabilisierenden Aufgaben erfüllt und konnten durch die enge Abstimmung mit den Sozialpartnern schnell und zielgerichtet angepasst werden“ (BMAS 2021, S. If.). Zwar hat sich der Wohlfahrtsstaat als „systemrelevant“ erwiesen, seine Defizite, Schwachstellen und Strukturmängel sind in der pandemischen Ausnahmesituation aber gleichfalls offen zutage getreten. Dem sozioökonomischen Polarisierungseffekt, den die hauptsächlich der Wirtschaft zugutekommenden Finanzhilfen nur geringfügig abgemildert und teilweise sogar verstärkt haben (vgl. Butterwegge 2024a, S. 41 ff.), wurde im Regierungsbericht aus naheliegenden Gründen keine Aufmerksamkeit geschenkt.

Anstelle der Betrachtung von Lebensphasen, die soziale Ungleichheit auf der Ebene biografischer Stationen (Kindheit, Jugend, Erwerbsphase und Ruhestand) erfasste, war eine mehrdimensionale Längsschnittbetrachtung von sozialen bzw. Lebenslagen in Fünffahresschritten getreten. Einkommen, Vermögen, Erwerbsintegration und Wohnraumversorgung bildeten die zugrunde gelegten Dimensionen. In eine Rangordnung gebracht ergaben sich acht Soziallagen, von „Armut“ und „Prekarität“ am unteren Ende über „Armut – Mitte“, „Untere Mitte“, „Mitte“, „Wohlhabenheit – Mitte“ bis zu „Wohlstand“ und „Wohlhabenheit“ an der Spitze. Mit den beiden zuletzt genannten Kategorien traf man allerdings nicht bloß eine gekünstelt wirkende und sprachlich wenig überzeugende Unterscheidung, sondern ließ auch den Begriff „Reichtum“ – zusammen mit der Armut eigentlich Kern der Berichterstattung – gänzlich verschwinden.

Das Scheitern der Ampelkoalition und ihr Verzicht auf einen Armuts- und Reichtumsbericht

Die nächste, von SPD, Bündnisgrünen und FDP gebildete Bundesregierung bekämpfte die wachsende Ungleichheit weder in der Sozial- noch in der Steuerpolitik konsequent. Obwohl die zum 1. Oktober 2022 erfolgte Umsetzung des zentralen Wahlversprechens von Olaf Scholz, den Mindestlohn von 10,45 € auf zwölf Euro anzuheben, im darauffolgenden Jahr besonders bei abhängig Beschäftigten für ein Absinken der Armutsrisikoquote von 8,4 auf 7,9 % sorgte (vgl. Schneider 2024, S. 16 f.), hat-

ten die Energiepreisexplosion nach Beginn des Ukrainekrieges und die Inflation für sozial Benachteiligte verheerende Konsequenzen, während die Anzahl der Hochvermögenden weiter gestiegen sein dürfte.

Da die Ampelkoalition am 6. November 2024 auseinanderbrach, ohne dass SPD, Bündnisgrüne und FDP nach drei gemeinsamen Regierungsjahren wenigstens einen Entwurf für den 7. Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt hätten, blieb der diesbezügliche Auftrag des Bundestages in der abgelaufenen Legislaturperiode unerfüllt.

Umso notwendiger erscheint die Fortführung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung durch das von Friedrich Merz als Bundeskanzler geführte Kabinett, welches CDU, CSU und SPD aufgrund der Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 bilden. In dem am 5. Mai 2025 geschlossenen Koalitionsvertrag heißt es: „Wir werden noch in diesem Jahr den Armuts- und Reichtumsbericht vorlegen.“ (CDU/CSU/SPD 2025, S. 15). Armuts- und Reichtumsberichte könnten eine gute Basis für die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik der Bundesregierung sein, wenn sie die „Lebenslagen in Deutschland“ kritisch analysieren, die gesellschaftlichen Ursachen für wachsende Ungleichheit ergründen und daraus entsprechende Handlungsempfehlungen ableiten würden (vgl. Butterwegge 2024b, S. 172 ff.).

Literatur

- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hrsg.). (2005). *Lebenslagen in Deutschland – Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Bonn: Bundesdruckerei. <https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/lebenslagen-deutschland-zweiter-armuts-reichtumsbericht.pdf>
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hrsg.). (2008). *Lebenslagen in Deutschland – Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Berlin: Bundesdruckerei. <https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/dritter-armuts-reichtumsbericht.html>
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hrsg.). (2013). *Lebenslagen in Deutschland – Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Berlin: Bundesdruckerei. <https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/vierter-armuts-und-reichtumsbericht.pdf>
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hrsg.). (2017). *Lebenslagen in Deutschland – Der fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Berlin: Bundesdruckerei. <https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/5-arb-langfassung.html>
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hrsg.). (2021). *Lebenslagen in Deutschland – Der sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Berlin: Bundesdruckerei. <https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/sechster-armuts-reichtumsbericht.html>
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMAS) (Hrsg.). (2001). *Lebenslagen in Deutschland – Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Bonn: Bundesdruckerei. <https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/lebenslagen-erster-armuts-reichtumsbericht.pdf>
- Butterwegge, Ch. (2016). *Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird* (4. Aufl.). Frankfurt am Main New York: Campus.
- Butterwegge, Ch. (2021). *Armut* (5. Aufl.). Köln: PapyRossa.
- Butterwegge, Ch. (2024a). *Deutschland im Krisenmodus. Infektion, Invasion und Inflation als gesellschaftliche Herausforderung*. Weinheim Basel: Beltz Juventa.
- Butterwegge, Ch. (2024b). *Umverteilung des Reichtums*. Köln: PapyRossa.

- CDU/CSU/SPD (Hrsg.) (2025): Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 21. Legislaturperiode, Berlin. <https://www.koalitionsvertrag2025.de/>
- Erb, G. (2001). Die soziale Spaltung verschärft sich. Zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 7–8. (S. 440).
- Hanesch, W., et al. (1994). *Armut in Deutschland: Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Hanesch, W., Krause, P., & Bäcker, G. (2000). *Armut und Ungleichheit in Deutschland: Der neue Armutsbericht der Hans-Böckler-Stiftung, des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Oelschlägel, D. (1994). Die „Neue Armut“ ist in die Jahre gekommen. Überlegungen zu Armut und Sozialarbeit. *Soziale Arbeit*, 43, 9–10.
- Schneider, U. (2024). Kinderarmut sinkt markant, Altersarmut auf dem Vormarsch. *Soziale Sicherheit*, 77, 16.
- Sen, A. (2003). *Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft* (2. Aufl.). München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Wehler, H.-U. (2013). Wachsende Ungleichheit. Wo bleibt der Protest? – Anmerkungen zum Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, *Die Zeit* v. 7. Febr. 2013.

Christoph Butterwegge, Prof. i. R. Dr., von 1998 bis 2016 Hochschullehrer für Politikwissenschaft am Institut für vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften, Humanwissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln.

Korrespondenzadresse

Christoph Butterwegge
Universität zu Köln
Köln, Deutschland
butterwegge-politikwissenschaft@uni-koeln.de

Funding. Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Hinweis des Verlags. Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.

Open Access. Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen. Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.